

Hu Xiaoyang (30), den Sohn des Vorsitzenden des Shanghaier Volkskongresses Hu Lijiao (72), und um Chen Xiaomeng (36), den Sohn des 1984 verstorbenen stellvertretenden Propagandachefs von Shanghai, Chen Qiwu. Beide gehörten zu einer sechsköpfigen Gruppe, die von 1981 bis 1984 48 Mädchen sexuell belästigt und vergewaltigt haben soll. Ein weiteres Mitglied der Bande wurde ebenfalls zum Tode verurteilt und hingerichtet - die restlichen drei erhielten Haftstrafen zwischen 3 und 20 Jahren. Die sechs Straftäter waren bereits im Oktober 1984 verhaftet worden. Ein Jahr lang dauerten die umfangreichen Ermittlungen, die offenbar im Falle von Hu Xiaoyang und Chen Qimeng von interessierter Seite behindert wurden. Erst am 16. Oktober 1985 wurde Anklage erhoben - interessanterweise kurz nachdem Hu Lijiao auf der nationalen Delegiertenversammlung der KPCh im September 1985 aus dem Zentralkomitee ausgeschieden war. Das Gerichtsverfahren fand vom 4. bis 9. November 1985 vor dem Mittleren Shanghaier Volksgerichtshof statt, doch erst am 1. Februar 1986 ergingen die Urteile. Nach Ablehnung der Revisionsanträge wurden die Urteile dann am 19. Februar vollstreckt. (RMRB, 20. u. 21.2.1986; FEER, 6.3.86; BRu, 4.3.86; DGB, 14.2.86) -sch-

*(9)

Pensionierung von 1 Million Kadern seit 1982

Seit 1982 sind insgesamt über 1 Million alte Kader pensioniert worden - dies geht aus einem Bericht der "Volkszeitung" vom 9. Februar 1986 hervor. Sie machen rund die Hälfte jener 2,1 Millionen heute noch überlebenden Funktionäre aus, die bereits vor 1949 der Kommunistischen Partei Chinas beitraten. (Ebenda; XNA, 19.2.86)

Im März 1982 war die Abschaffung des Systems des Kadern auf Lebenszeit beschlossen worden, um die völlig überalterte politische Führung auf allen Ebenen zu verjüngen. Das neue Pensionssystem für Führungskader sieht vor, daß Minister, Provinzparteisekretäre und Gouverneure spätestens mit 65 Jahren in den Ruhestand treten müssen, während stellvertretende Minister, stellvertretende Provinzparteisekretäre und stellvertretende Gouverneure bereits mit 60 Jahren pensioniert werden sollen. -sch-

*(10)

Auflagenschwund bei den KPCh-Zeitungen

Einen beträchtlichen Auflagenschwund der Parteizeitungen im vergangenen Jahr beklagte das ZK-

Organ "Volkszeitung" in einem Kommentar in der Ausgabe vom 22. Februar 1986. Von dem Rückgang der Auflage sind nicht nur die Zeitungen der Provinz- und der Stadtparteiorganisationen betroffen, sondern auch die "Volkszeitung" selbst. Zahlen wurden in dem Kommentar allerdings nicht genannt. Nach den hier vorliegenden Unterlagen ist die Auflage der "Volkszeitung" von 5,3 Millionen im Jahre 1981 auf rund 4 Millionen im Jahre 1985 gesunken. Bereits Ende 1984 war ein rückläufiges Interesse an den Zeitungen der KPCh selbst innerhalb der Parteiorganisationen beklagt worden (siehe u.a. RMRB, 21.11.84; Radio Wuhan, 14.11.84, nach: SWB, 19.11.84).

Um den Auflagen- und Leserschwund zu stoppen, forderte der Kommentator der "Volkszeitung" eine Verbesserung der Qualität in mehrfacher Hinsicht:

- wahrheitsgetreuere Berichterstattung und weniger leere und falsche Phrasen,
- mehr Aktualität,
- bessere Lesbarkeit durch lebendige Darstellung (statt Parteidokumentensprache),
- größere Berücksichtigung der Publikumsinteressen und
- Vermittlung von mehr Sachwissen.

Gleichzeitig forderte der Kommentator des ZK-Organs, daß die Parteizeitungen einen "korrekten" politischen Standpunkt einnehmen und einen klaren Klassen- und Parteiarakter aufweisen müßten. In der journalistischen Praxis dürfte es allerdings nicht einfach sein, dieses politische Gebot mit der Forderung nach mehr Qualität zu vereinbaren. -sch-

*(11)

Senkung der Bevölkerungswachstumsrate

Nach einem Bericht in der "Volkszeitung" vom 23. Februar 1986 konnte die jährliche Bevölkerungswachstumsrate von durchschnittlich 1,325 Prozent im Zeitraum von 1976 bis 1980 auf 1,17 Prozent im Zeitraum von 1981 bis 1985 gesenkt werden. Eine besonders niedrige Wachstumsrate sei 1984 und 1985 zu verzeichnen gewesen.

Aufgrund welcher statistischer Angaben der Autor des Berichts in der "Volkszeitung" zu der Erkenntnis gelangte, daß der Bevölkerungswachstums von 1976 bis 1980 durchschnittlich 1,325 Prozent betragen habe, ist aus dem Bericht nicht ersichtlich. Angaben des "Chinesischen Statistischen Jahrbuchs von 1984" (Beijing 1984) zufolge lag die jährliche Bevölkerungswachstumsrate in diesem Zeitraum mit durchschnittlich 1,204 Prozent bereits

relativ niedrig. In den beiden folgenden Jahren 1981 und 1982 stieg sie stark an, und zwar auf durchschnittlich 1,452 Prozent. 1983 sank die Bevölkerungswachstumsrate dann wieder auf 1,154 Prozent ab. (Ebenda, S. 83) -sch-

*(12)

Rasches Wachstum der städtischen Bevölkerung prognostiziert

Am Ende des 20. Jahrhunderts wird sich der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Vergleich zu heute verdoppelt haben - zu dieser Prognose kamen chinesische Demographen auf einem wissenschaftlichen Forum in Kunming (Provinz Yunnan). Demnach würde die Verstärkerungsrate im Jahre 2000 bei über 40 Prozent liegen. Gegenwärtig soll die Verstärkerungsrate 20,6 Prozent betragen. (XNA, 5.2.86) -sch-

KULTUR

*

*

*(13)

Wissenschaftliche Erfolge nach einem Jahr Wissenschaftsreform

Ein Jahr nach Verkündung der Reformen im Wissenschaftsbereich steht für die chinesische Regierung fest, daß die Reformen vielversprechende Erfolge gezeitigt haben (vgl. RMRB, 14.2.86). Ziel der Reformen, so heißt es, sei die Befreiung der Produktivkräfte und die Ankurbelung der Wirtschaft sowie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gewesen. Innerhalb eines Jahres habe die Praxis erwiesen, daß diese Ziele in beiden Bereichen akzeptiert worden und sehr positive Ergebnisse erzielt worden seien. Im Jahre 1985 hätten 1.900 Institute technische Forschung auf Vertragsbasis, also für Betriebe, durchgeführt, das seien 40% aller unabhängigen Forschungsinstitute von der Stadtebene (shi) an aufwärts, 27% mehr als 1984. Darunter seien 360 Institute finanziell unabhängig geworden, eine Verdoppelung gegenüber 1984. Der Verkauf technischer Forschungsergebnisse habe sich im Jahre 1985 auf 1,77 Mrd. Yuan belaufen, wobei das Gros der Käufer mittlere und kleinere Betriebe sowie ländliche Betriebe gewesen seien.

Eine weitere durch die Reformen geförderte Tendenz sei die Entwicklung einer großen Zahl von Organisationen, die Forschung, Lehre und Produktion verbinden. Allein im Jahre 1985 habe die Zahl derartiger Organisationen fast 10.000 betragen. Dabei hätten sich folgende neue Trends herausgestellt: die Entwicklung von einer technischen

Zusammenarbeit hinsichtlich eines einzelnen Projektes zu einer breiten technischen Zusammenarbeit; von einer kurzfristigen und losen zu einer langfristigen und festen Zusammenarbeit; von einer Zusammenarbeit in einer Wissenschaft oder einem Fachgebiet zu einer Zusammenarbeit auf mehreren Gebieten; von einer Zusammenarbeit innerhalb der eigenen Region oder der eigenen Abteilungen zu einer regional-, abteilungs- oder branchenübergreifenden Zusammenarbeit.

Auch die durch die Reform beabsichtigte Mobilität der Wissenschaftler habe sich ganz gut entwickelt, obwohl es hier noch Probleme gebe. So seien im Jahre 1985 über 3.000 Spezialisten von den großen Städten weggegangen, von mittleren und kleinen Städten über 1.600, während Kreise und ländliche Gemeinden einen Zugang von über 1.300 Spezialisten zu verzeichnen gehabt hätten.

Insgesamt, so wird abschließend zusammengefaßt, sei der Erfolg nicht schlecht, und man wolle sich bemühen, im neuen Jahr auf dem gleichen Weg fortzufahren. -st-

*(14)

Forschungsschwerpunkte im 7. Fünfjahrplan

Der Präsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, Lu Jiayi, erläuterte kürzlich auf einer Arbeitssitzung der Akademie die Forschungsschwerpunkte der Akademie im 7. Fünfjahrplan (1986-1990). Die Akademie wird danach das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die vom Staat gestellten Aufgaben legen, daneben aber auch die Grundlagenforschung verstärken und Vorbereitungen treffen für die langfristigen Erfordernisse des staatlichen Aufbaus und der Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Bei den vom Staat gestellten Aufgaben handelt es sich um Forschung von hohem Niveau und hoher Qualität, die der Wissenschaft dienen soll. Insgesamt werden in der 7. Planperiode 30 Projekte, von denen 23 vom Staat geförderte Projekte sind, schwerpunktmäßig bearbeitet. Zu den Projekten zählen vier Pilotprojekte, und zwar Biotechnik, neue chemische Materialien, Roboter und Kohlechemietechnik. Auf dem Gebiet der Informationstechnologie will die Akademie sich insbesondere mit der Mikroelektronik, mit Computersystemen, Datenbanken und Kommunikationsnetzen sowie Laser- und Roboterforschung befassen. Weitere Projekte betreffen die Materialwissenschaft, Kohle- und Ölgewinnungstechnik und die Gewinnung von nachwachsenden Energierohstoffen (GMRB und XNA, 27.1.86).

Die Wissenschaftsreformen des Jahres 1985 sahen vor, daß die Grundlagenforschung zwar nicht vernachlässigt werden, aber die angewandten Wissenschaften doch im Vordergrund stehen sollten. Da Lu Jiayi in seiner Rede die Grundlagenforschung besonders betonte, scheint es, daß diese wieder ein stärkeres Gewicht erhält, zumal sich die angewandten Wissenschaften zur Zufriedenheit entwickelt zu haben scheinen. -st-

*(15)

Kommission für Wissenschaftsfonds gegründet

Um die Grundlagenforschung und einen Teil der angewandten Forschung zu stärken und allmählich das System der Forschungsförderung aus dem Wissenschaftsfonds einzuführen, hat der Staatsrat jetzt die Errichtung einer Kommission für den Wissenschaftsfonds für naturwissenschaftliche Forschung (Guojia ziran kexue jijin weiyuanhui) beschlossen. Die Kommission ist vorläufig bei der Chinesischen Akademie der Wissenschaften angesiedelt. Sie ist eng mit der Staatlichen Kommission für das Erziehungswesen und der Chinesischen Akademie der Wissenschaften verbunden, arbeitet aber selbständig. Die Aufgabe der Kommission wird allgemein folgendermaßen umrissen: Sie soll auf der Grundlage der staatlichen Wissenschaftspolitik und der entsprechenden Bestimmungen den Wissenschaftsfonds wirksam verwenden sowie die Grundlagenforschung und teilweise auch die angewandte Forschung koordinieren und unterstützen, Fachleute ausbilden sowie den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft fördern.

Im einzelnen gehört zu ihren Aufgaben:

1. Sie soll der Forschung die Richtung weisen, Projektanträge annehmen, die fachliche Begutachtung organisieren und die förderungswürdigen Projekte finanziell unterstützen.
2. Sie soll bei wichtigen Fragen der staatlichen Grundlagenforschung und angewandten Forschung beratend wirken.
3. Sie soll die Planung der Forschungsthemen koordinieren und leiten.
4. Mit anderen staatlichen Forschungsförderungseinrichtungen und wissenschaftlichen Organisationen soll sie Beziehungen unterhalten und internationale Zusammenarbeit pflegen.

Der von der Kommission verwaltete Wissenschaftsfonds speist sich zur Hauptsache aus Zuwendungen vonseiten des Staates, ferner aus Spenden oder Stiftungen von in- und

ausländischen Institutionen oder von Privatpersonen. Die Zuwendungen vonseiten des Staates setzen sich zusammen aus dem ursprünglich von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften verwalteten nationalen Wissenschaftsfonds, den Ausgaben der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik für Grundlagenforschung, den Forschungsausgaben der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und verschiedener Ministerien und den Ausgaben für Spezialprojekte des Staates. Sie sind jetzt alle bei der Kommission für den Wissenschaftsfonds für naturwissenschaftliche Forschung konzentriert. Die Kommission ist für das ganze Land zuständig, d.h., Wissenschaftler aller Ministerien, Regionen und Einheiten können Anträge bei ihr stellen. Der Wissenschaftsfonds wird zur Hauptsache zur Deckung von Forschungs- und Verwaltungskosten verwendet; ein bestimmter Anteil soll für internationale Zusammenarbeit, Wissenschaftsaustausch und die Förderung junger Wissenschaftler bereitgestellt werden.

Die Kommission für den Wissenschaftsfonds für naturwissenschaftliche Forschung zählt 25 Mitglieder, die sich aus Wissenschaftlern und Verwaltungsfachleuten rekrutieren und für eine bestimmte Amtsperiode tätig sind. Der Staatsrat hat Tang Aoqing zum Vorsitzenden der Kommission ernannt. Die Kommission hat auch eine Beraterkommission errichtet, die sich aus etwa 50 namhaften Wissenschaftlern, Spezialisten und Vertretern der Industrie zusammensetzt, die vom Vorsitzenden der Kommission für bestimmte Amtsperioden ernannt werden. Die Beratungsfunktion der Beraterkommission erstreckt sich auf wichtig Fragen der Entwicklung der Forschung und der Richtung der Forschungsförderung (RMRB, 28.2.86).

Durch die Gründung der Kommission für den Wissenschaftsfonds für naturwissenschaftliche Forschung ist praktisch die gesamte staatlich geförderte Forschung auf diesem Gebiet, die vorher bei verschiedenen Behörden angesiedelt war, an einer Stelle zentralisiert. Damit übt diese Kommission außerordentlich großen Einfluß in der Forschungslandschaft Chinas aus. -st-

*(16)

Finanzierung der Wissenschaft und Technik

Der Staatsrat hat kürzlich Bestimmungen über die Finanzierung von Wissenschaft und Technik herausgegeben. Zweck der Bestimmungen ist es, die Kontrolle über die Wissenschaftsfinanzierung zu stärken, damit eine sinnvolle und ef-

fektive Verwendung der Mittel gewährleistet ist. Gemäß den Bestimmungen sollen ab dem 7. Fünfjahrplan die Ausgaben für Wissenschaft und Technik schneller wachsen als die Staatseinnahmen zunehmen. Die Ausgaben für Wissenschaft und Technik, die der Staat tätigt, sollen künftig einheitlich von der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik verwaltet werden. Die Bestimmungen lassen erkennen (vgl. GMRB, 5.2.86), daß die Entwicklung grundsätzlich dahin geht, daß sich der Staat aus der Finanzierung der angewandten Wissenschaften zurückzieht und nur noch die Grundlagenforschung und Forschung, die keine unmittelbar anwendbaren Ergebnisse erwarten läßt, finanzieren will. So sollen zunächst einmal von Betrieben in Auftrag gegebene Forschungsarbeiten nicht mehr vom Staat finanziert werden, sondern die Betriebe sollen dafür aufkommen. Außerdem soll versucht werden, für große Forschungsprojekte, die im staatlichen Plan enthalten sind, Finanzierer von außen zu finden. Die Bearbeitung solcher Projekte soll auf Vertragsbasis erfolgen. Für die Finanzierung solcher Projekte sollen auch Banken interessiert werden. Institute, die hauptsächlich Forschung auf dem Gebiet der Technik betreiben und deren Forschungsergebnisse unmittelbar anwendbar sind, sollen allmählich finanziell unabhängig werden. Institute, die hauptsächlich Grundlagenforschung oder Forschung, die nicht zu unmittelbarer Anwendung führt, betreiben, werden nach wie vor hinsichtlich ihrer regulären Kosten vom Staat finanziert und müssen sich bei Projekten mit Anträgen an den Wissenschaftsfonds wenden. Zusätzlich erhalten auch einige für die Gesellschaft wichtige Institute weiterhin ihre Mittel vom Staat, darunter Institute, die sich mit Medizin und öffentlicher Gesundheit, Arbeitsschutz, Familienplanung, Katastrophenschutz, Umweltwissenschaft, aber auch mit Informationstechnik, Normen, Maßen und Meteorologie befassen.

Die Bestimmungen enthalten im Grunde nichts Neues, sondern schreiben lediglich fest, was in dem Reformpaket für Wissenschaft und Technik bereits vorgegeben ist (vgl. C. a., 1985/3, Ü 16). -st-

* (17)

Elf lokale Akademien der Wissenschaften

In den letzten Jahren hat sich die Zahl der lokalen Akademien der Wissenschaften stark erhöht - wie es heißt, "entsprechend den Erfordernissen des wirtschaftlichen Aufbaus". Während es vor 1978 nur eine Akademie der Wissenschaften auf

Provinzebene gab - nämlich in Heilongjiang -, gibt es inzwischen zehn weitere. Folgende Einheiten auf Provinzebene haben in den letzten Jahren eigene Akademien der Wissenschaften errichtet: Hebei, Henan, Shandong, Guizhou, Guangxi, Jiangxi, Shaanxi, Gansu, Guangdong und Beijing. Diese örtlichen Akademien beschäftigen zur Zeit über 6.000 Wissenschaftler und Techniker und haben über 1.400 Forschungsergebnisse erzielt, die teilweise in der Produktion bedeutende Gewinne erbracht haben. Alle diese Akademien, so wird berichtet, hätten sich um den wirtschaftlichen Aufbau ihrer Region gekümmert und eine aktive Rolle bei der Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und der Förderung des technischen Fortschritts bei mittleren und kleinen Unternehmen gespielt (RMRB, 27.2.86).

Die Gründe für die Errichtung von Provinzakademien werden nicht explizit genannt, doch scheinen wirtschaftliche Gründe eine Rolle zu spielen. Es fällt auf, daß einerseits die wirtschaftlich am weitesten entwickelten Provinzen oder provinzfremde Städte, wie z.B. Shanghai, Jiangsu oder Liaoning, keine eigene Akademie errichtet haben und andererseits die meisten derjenigen Provinzen, die eine lokale Akademie gegründet haben, nicht gerade zu den fortgeschrittensten Regionen zählen. Wenn hier tatsächlich ein Zusammenhang besteht, so muß man annehmen, daß den lokalen Akademien eine Schlüsselrolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der jeweiligen Provinz zukommt. -st-

* (18)

Hochschulzugang: Probleme und Verbesserungen

Die Staatliche Erziehungskommission hat kürzlich mehrere Bestimmungen über den Zugang zu regulären Hochschulen erlassen, die eine stärkere Kontrolle beinhalten. Seit Einführung der Erziehungsreform im Mai 1985 haben sich einige ungewisse Tendenzen entwickelt, die es einzudämmen gilt. Eine der Bestimmungen betrifft Studenten, die im Auftrag von Betrieben studieren, wobei die Betriebe die Studiengebühren bezahlen. In diese Kategorie gehören auch selbstzahlende Studenten. In beiden Fällen handelt es sich um Studenten, die nicht im staatlichen Plan enthalten sind. Im Unterschied zu den staatlich eingeplanten Studenten wird das Studium dieser Studenten nicht vom Staat finanziert, und sie erhalten nach dem Examen auch keinen staatlichen Arbeitsplatz. Ansonsten sind diese Studenten den anderen Studenten völlig gleichgestellt. Deshalb ist in den Bestimmungen

festgelegt, daß Studenten, die im Auftrag von Betrieben studieren und deren Studium mindestens zwei Jahre dauert, auch aus den Teilnehmern der nationalen Hochschul Aufnahmeprüfungen rekrutiert und genauso wie andere Studienbewerber bewertet werden müssen. Hochschulen und Universitäten sollten ihren akademischen Standard nicht herunterschrauben, nur um Studenten im Auftrag von Betrieben aufnehmen zu können. Die Hochschulen müssen bei der Staatlichen Erziehungskommission die Genehmigung für die Aufnahme von im Auftrag von Betrieben studierenden Studenten einholen (GMRB, 26.1.86). Der Betrieb, der einen Studenten ausbilden lassen will, schließt mit der betreffenden Hochschule einen Vertrag. Hier ist es offensichtlich zu Mißbrauch gekommen, indem die Bewerber sich nicht regulär den Aufnahmeprüfungen unterzogen haben, sondern Punkte oder Prüfungszensuren gekauft bzw. verkauft wurden (Xinhua, chin., 24.1.86, nach SWB, 31.1.86).

Seit kurzem gibt es eine weitere Möglichkeit des Zugangs zu regulären Hochschulen: Mittelschulen können einige Schüler direkt an die Hochschulen empfehlen, wobei die Teilnahme an den Aufnahmeprüfungen erlassen wird. Hier ist es vielfach auch zu Unregelmäßigkeiten gekommen, indem die Zahl der empfohlenen Studenten unverhältnismäßig erhöht worden ist oder einige Schulen die begabtesten Kandidaten mit unlauteren Methoden anwerben (GMRB, 25.1.86).

Die Guangming-Zeitung (ebd.) klagt darüber, daß generell Studienplätze auch an solche Studenten vergeben würden, die nicht an den Hochschulaufnahmeprüfungen teilgenommen haben. Daß auch hier Geld im Spiel ist, wird offen in einem Interview ausgesprochen, das Xinhua mit einem Vertreter der Staatlichen Erziehungskommission führte (Xinhua, chin., 24.1.86, nach SWB, 29.1.86). In diesem Interview wird auch geschildert, mit welchen Methoden manche Hochschulen Kandidaten mit Spitzenleistungen, sei es auf dem Gebiet des Sports oder in der Wissenschaft, umwerben, z.B. durch üppige Einladungen zum Essen, Geschenke, Versprechungen und Stipendienangebote. Häufig gingen Vertreter der Hochschulen direkt in die Mittelschulen, um die empfohlenen Schüler anzuwerben, oder sie suchten sich Sportasse heraus unter dem Vorwand, es handle sich um empfohlene Studenten. All diesen Praktiken soll durch die neuen Bestimmungen ein Riegel vorgeschoben werden.

Schließlich haben die Propagandaabteilung des ZK und die Staatli-

che Erziehungskommission gemeinsam eine Bestimmung erlassen, die es der Presse untersagt, Anzeigen von Schulen abzudrucken, die ohne staatliche Genehmigung errichtet worden sind. In letzter Zeit, so heißt es, hätten viele Zeitungen Anzeigen verschiedener Universitäten, Hochschulen, Fernuniversitäten und Fachschulen gedruckt, die weder die Genehmigung der Erziehungsbehörden hätten noch registriert seien. In ihren Anzeigen werben diese Schulen damit, daß sie Diplome vergeben. Künftig müssen alle derartigen Anzeigen von den Erziehungsbehörden auf Provinzebene geprüft werden (Xinhua, chin., 25.1.86, nach SWB, 31.1.86).

Die geschilderten Unregelmäßigkeiten sind Begleiterscheinungen der Reformen im Erziehungswesen. Die Propagierung der Reformen führte allgemein zu der Auffassung, daß Bildung alles sei, daß nur Hochschulabsolventen eine Chance hätten, eine gute und sichere Position zu erlangen. So ist es kein Wunder, daß die Mittelschulabsolventen mit allen Mitteln versuchen, einen Studienplatz zu ergattern, und daß geradezu ein Boom bezüglich Hochschulgründungen einsetzte. Jetzt gilt es, diesen Boom einzudämmen und das Niveau der Hochschulbildung zu sichern. -st-

*(19)

Weißbuch über Wissenschaft und Technik

Von diesem Jahr an wird China jährlich einen Führer über seine Politik hinsichtlich Wissenschaft und Technik, auch Weißbuch für Wissenschaft und Technik genannt, veröffentlichen. Es ist das erste Mal, daß ein derartiges Jahrbuch in China erscheint. Herausgegeben wird es von der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, gedruckt wird es vom Verlag für wissenschaftlich-technische Dokumente und vertrieben von der Xinhua-Buchhandlung. Folgende Themen werden in dem Buch abgehandelt: Politik, Entwicklung und neue Trends in Wissenschaft und Technik; Organisationen, Personal und Finanzierung; Forschungsprojekte; neue Technologie, die wichtigsten Durchbrüche, technische Märkte; internationale Zusammenarbeit und Patente. Das erste Jahrbuch wird 280 Seiten umfassen und im Juli 1986 erscheinen (XNA, 30.1.86). -st-

*(20)

Erwachsenenbildung: Neue Kommission und einheitliche Aufnahmeprüfungen für Erwachsenenhochschulen

Am 1. Februar 1986 hat die Staatliche Erziehungskommission die

Gründung einer Kommission zur Leitung und Koordinierung der Erwachsenenbildung (Chengren jiaoyu zhidao xietiao gongzuo weiyuanhui) bekanntgegeben. Aufgabe der neuen Kommission soll sein, die Politik und die gesetzlichen Bestimmungen zur Erwachsenenbildung zu verwirklichen und zu überwachen, die Gesamtplanung für die Entwicklung der Erwachsenenbildung vorzunehmen, die diesbezügliche Arbeit zwischen den Ministerien und den Einheiten auf Provinzebene zu koordinieren und die wichtigsten Probleme der Erwachsenenbildung zu untersuchen. Die Kommission setzt sich aus 19 Kadern von Abteilungen und Ämtern aus 14 verschiedenen Zentralbehörden zusammen und steht unter der Leitung der Staatlichen Erziehungskommission (GMRB, 2.2.86).

Der Schwerpunkt der Erwachsenenbildung liegt darauf, Menschen, die durch besondere Umstände wie Familienumstände oder Mangel an Gelegenheit (vor 1949 oder während der Kulturrevolution) keine Sekundarschulbildung erhalten haben, eine zusätzliche Bildung zuteil werden zu lassen. Nach Auskunft des Vizeministers der Staatlichen Erziehungskommission He Dongchang soll es sich dabei um 300 Millionen Menschen handeln (XNA, 3.2.86).

Eine wesentlich geringere Zahl von Menschen betrifft die Erwachsenenhochschulbildung. Gegenwärtig gibt es in China 1.200 Hochschulen für Erwachsene, die seit 1979 von 1,7 Millionen besucht wurden. Zwischen 1981 und 1985 haben insgesamt 930.000 Menschen diese Hochschulen mit einem Abschluß verlassen (XNA, 15.2.86). Für diese Hochschulen werden in diesem Jahr -ähnlich wie bei den regulären Hochschulen seit Jahren praktiziert - einheitliche Aufnahmeprüfungen für das ganze Land eingeführt.

Eine entsprechende Bestimmung verfügt, daß die Staatliche Erziehungskommission ab 1986 für jede Art von Erwachsenenhochschulen einheitliche Prüfungen in Form von einheitlichen Prüfungsthemen und -terminen sowie einheitlicher Beurteilung organisiert. Die praktische Durchführung liegt bei den Einheiten auf Provinzebene, wobei jede aufnehmende Hochschule die Auswahl vornimmt.

Die Bestimmungen gelten für alle Erwachsenenhochschulen, die von den jeweiligen Provinzregierungen und dem Staatsrat genehmigt worden sind und die offizielle Anerkennung durch das ehemalige Erziehungsministerium oder die Staatliche Erziehungskommission haben, und zwar Rundfunk- und Fernsehuniversitäten, Hochschulen für An-

gestellte und Arbeiter, Hochschulen für Bauern, Hochschulen für leitende Kader (Manager), Bildungsakademien (Akademien für Lehrerfortbildung), selbständig errichtete Fernschulen und reguläre Hochschulen, die Spezialkurse für Kader oder Lehrer veranstalten oder eine Abteilung für Fernstudium oder eine Abendhochschule unterhalten, wobei das Studium bei Freistellung von der Arbeit mindestens zwei Jahre, bei Freizeitstudium mindestens drei Jahre betragen muß. Neben der staatlichen Anerkennung der Schulen ist eine weitere Bedingung, daß die Zahl der aufgenommenen Studenten mit der staatlichen Planung für Erwachsenenhochschulbildung übereinstimmt. Diplome von Erwachsenenhochschulen, die sich nicht an den allgemeinen Prüfungen beteiligen, werden vom Staat nicht anerkannt.

Bewerber für ein Studium an einer Erwachsenenhochschule müssen den Abschluß der Oberstufe der Mittelschule oder einen gleichwertigen Bildungsnachweis vorlegen. Für Bewerber, die von der Arbeitsstelle ganz oder teilweise beurlaubt sind, gilt eine Altersbegrenzung, und zwar müssen sie unter vierzig Jahre alt sein. Außerdem muß die fachliche Ausbildung mit der beruflichen Tätigkeit in Beziehung stehen und das Einverständnis der jeweiligen Einheit vorliegen. Bei Bewerbern für ein Freizeitstudium gibt es hinsichtlich Alter und Dienstalter keine Begrenzung, doch muß auch hier die Arbeitsstelle zustimmen. Gebildete Jugendliche auf dem Lande und individuell Arbeitende (d.h. solche, die keine Arbeitseinheit haben) brauchen die Zustimmung der Gemeindeverwaltung bzw. des Straßenkomitees.

Sofern Berufstätige für ein Studium beurlaubt werden wollen, gibt es Dienstaltersvorschriften. Generell müssen die Bewerber für jede Art von Erwachsenenhochschule ein Dienstalter von mindestens zwei Jahren haben. Lediglich für leitende Kader, die eine Zusatzausbildung erhalten sollen, und für Mittelschullehrer, die an regulären Hochschulen oder Bildungsakademien ein Zusatzstudium absolvieren, gilt ein Dienstalter von mindestens fünf Jahren.

Wie bereits erwähnt, können sich auch gebildete Jugendliche, die auf dem Lande leben, um ein Studium im Rahmen der Erwachsenenbildung bewerben, und zwar sowohl für Spezialkurse an regulären Hochschulen wie an nichtregulären Hochschulen. Nach dem Examen müssen sie sich allerdings selbst eine Arbeit suchen, da der Staat ihnen keine Arbeitsplatzgarantie gibt.

Die neuen Bestimmungen sollen ver-

hindern, daß Studienplätze durch Begünstigung oder andere unlaute-re Methoden vergeben werden. In diesem Jahr sollen die Prüfungen am 10. und 11. Mai stattfinden (RMRB, 15.2.86).

Die Bestimmungen haben einen dop-pelten Zweck: Zum einen soll die unkontrollierte Zunahme von nicht-regulären Hochschulen aller Art eingeschränkt, zum anderen soll die Qualität der Hochschulbildung sichergestellt werden.

In einem Interview wies ein Vertre-ter der Staatlichen Erziehungskom-mission auf die Fehlentwicklung im Bereich der Erwachsenenhochschul-en hin. In den letzten Jahren sei die Entwicklung zu schnell und un-kontrolliert vorangegangen. Vie-lerorts seien blind neue Hochschul-en für Erwachsene gegründet wor-den, ohne daß man sich am Bedarf orientiert hätte. Viele dieser Insti-tutionen machten wild Reklame, kassierten übermäßiges Schulgeld und gäben eine Flut von Diplomen aus. Hinzu komme, daß zu viele Be-rufstätige Bildungsurlaub in An-spruch nehmen wollten, so daß die Arbeit der Betriebe beeinträchtigt würde. Deshalb sei es unbedingt er-forderlich, daß die Bewerber die Genehmigung ihrer Arbeitsstelle einholen. Der Betrieb muß entschei-den, ob das Zusatzstudium für die Arbeit gebraucht wird, d.h., das Studium muß in Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit stehen (RMRB, 15.2.86).

Daß es bei den Hochschulen für Er-wachsene Probleme gibt und wel-cher Art diese sind, wird aus einem Leserbrief deutlich, den die Guang-ming-Zeitung am 7.2.86 veröffent-lichte. Dort heißt es, daß in den letzten Jahren an vielen Orten im Übermaß Hochschulen für Ange-stellte und Arbeiter errichtet wor-den seien und daß diese Hochschul-en, insbesondere solche, die von kleinen und mittleren Städten und von Unternehmen betrieben würden, nicht mehr genug Studenten bekä-men. Was hingegen fehlte, seien Fachschulen für Angestellte und Arbeiter auf Sekundarschulebene.

Für die abnehmende Zahl von Be-werbern für die Hochschulen für Angestellte und Arbeiter wurden folgende Gründe genannt:

1. Aufgrund der Reform der Struk-tur der Sekundarschulen hat die Zahl der Absolventen der Mittel-schuloberstufe abgenommen, so daß sich der Kreis der für ein Erwachsenenstudium in Frage kommenden Bewerber automa-tisch verkleinert.
2. Im Zuge der allgemeinen Ten-denz, den Hochschulsektor aus-zubauen, wollten viele ur-sprünglich gute Fachschulen für

Angestellte und Arbeiter auf Sek-undarschulebene aufsteigen und wurden planlos und ohne Beachtung des Niveaus in Hoch-schulen für Angestellte und Ar-beiter umgewandelt.

3. Viele Betriebe können es sich nicht leisten, Angestellte oder Arbeiter von der Produktion freizustellen und sie zum Studi-um zu schicken, auch können viele insbesondere mittlere und kleine Betriebe das teilweise überhöhte Schulgeld nicht be-zahlen.

Die Abnahme von Studenten, so heißt es in dem Leserbrief weiter, führe notwendigerweise zu einem Niveauverlust, denn um weiter Stu-denten aufnehmen zu können, senk-ten viele Hochschulen für Ange-stellte und Arbeiter ihre Anforder-ungen, was selbstverständlich die Qualität der Ausbildung an den be-treffenden Hochschulen beeinträch-tige. So habe z.B. in einer bestimm-ten Stadt das Verhältnis von Bewer-bern und aufgenommenen Studenten an einer Hochschule für Angestellte und Arbeiter im Jahre 1982 7:1 be-tragen, im Jahre 1984 habe es 5:1 und 1985 2:1 betragen.

Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß im Verhältnis zu Fachschulen der Sekundarschulebene viel zu viele Hochschulen für Angestellte und Arbeiter bestehen. Schon jetzt bestünde in manchen Betrieben ein krasses Mißverhältnis zwischen Technikern der oberen und der mitt-leren Ebene, so daß viele Ingenieure niedrigere Arbeit leisten müß-ten. Deshalb sei es nötig, verstärkt Fachschulen der mittleren Ebene zu errichten. -st-

*(21)

Richtlinien für nichtreguläre Schulen

Die Provinzregierung Shandong hat kürzlich in einem Zirkular unter der Überschrift "Provisorische Me-thoden für das Betreiben von Schu-len in Shandong, die aufgrund ge-sellschaftlicher Anstrengungen ge-gründet worden sind" verkündet. Hinter Schulen dieser Kategorie verbergen sich Schulen, die von den verschiedenen demokratischen Parteien, Massenorganisationen, Unternehmen und Einrichtungen, kollektiven Wirtschaftsunterneh-men, Nachbarschaften oder Einzel-personen gegründet worden und auf die Bedürfnisse der Gesellschaft zugeschnitten sind. Abend-, Aus-bildungs- und Fortbildungskurse, die von unterschiedlichen Schulty-pen auf verschiedenen Ebenen ver-anstaltet werden und die sich zur Hauptsache aus dem Schulgeld der Schüler finanzieren, fallen unter die gleiche Kategorie. Sinn des Zir-kulars ist es, deutlich zu machen, daß Schulen, die auf Initiative ge-

sellschaftlicher Gruppen entstan-den sind, sich an die staatliche Er-ziehungspolitik zu halten haben und der Kontrolle und Aufsicht durch die Erziehungsbehörden un-terliegen.

Die "Methoden" nennen folgende Be-dingungen für das Betreiben derar-tiger Schulen:

1. Die Leitung soll bei Menschen liegen, die Patrioten sind, sich gut führen, den Lehrberuf kennen und Spezialkenntnisse in einem be-stimmten Fach haben. Sie müssen offiziell an dem betreffenden Ort gemeldet sein.
2. Die Schulen müssen ein klares Ausbildungsziel sowie klare Lehr-programme und -pläne haben.
3. Sie müssen qualifizierte haupt-amtliche oder teilbeschäftigte Leh-rer einstellen, die den Anforderun-gen der Staatlichen Erziehungskommission entsprechen.
4. Sie müssen die notwendigen Räumlichkeiten und Ausstattungen für Unterricht und Übung haben, notfalls auch gemietete oder ausge-liehene.
5. Sie müssen eine legitime und zu-verlässige Finanzierungsquelle haben.
6. Sie müssen ein praktikables Un-terrichts-, Verwaltungs- und Man-agementsystem haben.

Weiter wird verlangt, daß alle Ein-heiten, die solche Schulen gründen wollen, die Prüfungs- und Geneh-migungsverfahren durchlaufen, wie sie die örtlichen Erziehungs-, Ver-waltungs- und Arbeitsämter ver-langen. Unterricht und Management dieser Schulen sollen bei den un-terstützenden Einheiten und den Schulorganisatoren liegen. Sie sol-len auch die Lehrer einstellen. Un-ter der Voraussetzung, daß die Leh-rer ihre hauptamtliche Tätigkeit erfüllen, können auch Teilzeitleh-rer mit Billigung ihrer eigenen Ein-heiten eingestellt werden.

Hinsichtlich der Finanzierung die-ser Schulen sind genaue Vorschrif-ten erlassen. Vor allem ist es diesen Schulen nicht gestattet, unter ir-gendeinem Vorwand zusätzliche Ge-bühren zu kassieren.

Auch arbeitslose Jugendliche kön-nen auf solche Schulen gehen. Nach Beendigung der Schule können sie ein Zeugnis erhalten, und außer-dem kann ihre Schulzeit als Teil ih-rer Probezeit bei einer Anstellung angerechnet werden. Wenn ein ar-beitsloser Jugendlicher bei der Ver-waltung der Schule mitarbeitet, kann seine Arbeitszeit auf seine Dienstjahre angerechnet werden.

Kleine Fabriken und Dienstleistungsbetriebe, die von diesen Schulen betrieben werden und die in Beziehung zum Inhalt eines bestimmten Lehrgangs stehen, können mit ihrem Geschäft an die Öffentlichkeit gehen, wenn sie die Erlaubnis der Behörden erhalten, die ursprünglich die Gründung ihrer Schule genehmigt haben. Sie müssen sich bei den örtlichen Industrie- und Handelsabteilungen registrieren lassen, eine Geschäftslizenz einholen und entsprechend den Vorschriften Steuern zahlen.

Schließlich wird gefordert, daß die verantwortlichen Behörden aller Ebenen sowie die Behörden für öffentliche Sicherheit, Steuer- und Preiswesen ihre Aufsicht über die aufgrund von Initiativen aus der Gesellschaft entstandenen Schulen verstärken, damit schlechte Tendenzen und Mißbrauch ausgeschaltet werden können. Schulen, die schlecht verwaltet werden und deren Ausbildung von schlechter Qualität ist, oder Schulen, die Betrug begangen haben, indem sie willkürlich Gebühren kassiert, Diplome ausgegeben und so die Schüler betrogen haben, sollen sich entweder innerhalb einer gesetzten Frist konsolidieren und für die Verluste der Schüler aufkommen, oder sie sollen bestraft werden oder ihren Betrieb einstellen (Dazhong Ribao, Jinan, 7.1.86, nach SWB, 29.1.86).

Da die regulären Schulen den großen Bildungsbedarf in China allein nicht in ausreichendem Maße decken können, wird von Seiten des Staates seit einiger Zeit die Errichtung von Schulen durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Betriebe, ja selbst Privatpersonen gefördert. Daraufhin erfolgte in den letzten Jahren ein Boom in Bezug auf Schulgründungen, die das gesamte Erziehungssystem recht unübersichtlich erscheinen lassen und durchaus nicht immer alle zur Zufriedenheit der Öffentlichkeit betrieben werden. Deshalb ist man jetzt darauf bedacht, die Kontrolle speziell über die nichtregulären Schulen zu verstärken. Das Problem scheint zur Zeit besonders akut zu sein, denn die Zentrale hat ebenfalls entsprechende Bestimmungen ausgegeben, allerdings für den Bereich nichtregulärer Hochschulen, während sich die Bestimmungen der Provinz Shandong auf Schulen und Ausbildungsstätten aller Art beziehen, sofern sie von Betrieben oder gesellschaftlichen Gruppen gegründet worden sind. -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*
*

*(22)

Ausländische Engagements in der Volksrepublik 1985 ca. 10 Mrd. US\$

Die Volksrepublik unterzeichnete 1985 Verträge, die insgesamt einen Zufluß von ausländischem Kapital in Höhe von mehr als 9,74 Mrd. US\$ bringen sollen. Dies teilte Huang Wenjun vom Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel mit. Nach den Informationen von Huang setzt sich die Gesamtsumme von 9,74 Mrd. US\$ aus drei Teilen zusammen: 5,85 Mrd. US\$ waren Direktinvestitionen (121% mehr als 1984), 3,53 Mrd. waren Kredite (+84%) und 360 Mio. US\$ wurden als Warenkredite zur Verfügung gestellt (+63%).

Die Verträge spezifizieren geplante Kredite und Investitionen. Die tatsächlichen Kapitalimporte können geringer sein. Entsprechend vorläufigen Statistiken betrogen die effektiven Zuflüsse in Form von Direktinvestitionen aus dem Ausland 1985 ca. 1,57 Mrd. US\$; 2,43 Mrd. waren Kredite und 300 Mio. US\$ wurden in Form von Warenkrediten zur Verfügung gestellt.

Seit 1979, als China mit den Sonderwirtschaftszonen die Öffnung nach außen begann, bis heute betragen die gesamten ausländischen Investitionsverträge mehr als 16,2 Mrd. US\$ (4,6 Mrd. US\$ wurden bereits implementiert), die Summe der vertraglich vereinbarten ausländischen Kredite betrug 20,3 Mrd. US\$ (15,6 Mrd. US\$ implementiert) und die Verträge über Warenkredite beliefen sich insgesamt auf 1,7 Mrd. US\$ (implementiert 1,3 Mrd. US\$). Die ausländischen Kredite wurden hauptsächlich für die schwachen Sektoren der Volkswirtschaft, insbesondere für den Bau der Schlüsselprojekte in den Bereichen Energie, Eisenbahn, Hafenbau und Rohmaterialienindustrie, verwendet.

Im Jahre 1985 wurden 1.300 Pläne für chinesisch-ausländische Equity Joint Ventures, mehr als 1.500 vertragliche Joint Ventures und 46 Unternehmen im alleinigen Besitz von Ausländern genehmigt. Hinzu kamen vier Verträge über die gemeinschaftliche Exploration des Offshore-Öls.

Bis zum Ende des Jahres 1985 betrug die Zahl der chinesisch-ausländischen Equity Joint Ventures mehr als 2.300, während 3.700 vertragliche Joint Ventures abgeschlossen wurden. Es gab insgesamt 120 Unternehmen im alleinigen Besitz von Ausländern und 35 Projekte zur Exploration des Offshore-Öls. Nach Aussagen von Huang hätten 90% die-

ser Unternehmen gute wirtschaftliche Ergebnisse erzielt, einige von ihnen hätten bereits im ersten Betriebsjahr Gewinne gemacht. (XNA, 30.1.86) -lou-

*(23)

Chinesische Ölexporte sollen nicht gesteigert werden

Die Rohölexporte der Volksrepublik sollen 1986 nicht erhöht werden. Damit will man, so Zheng Dunxun, der Präsident des Import- und Exportverbandes für chemische Erzeugnisse, zur Stabilisierung der Erdölpreise weltweit beitragen. Zheng forderte, daß Gespräche und Verhandlungen zwischen den erdölproduzierenden und den Verbraucherländern unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen stattfinden sollten. Er gab seiner "Besorgnis" über den starken Rückgang der Rohölpreise Ausdruck und versicherte, die Volksrepublik schätze und unterstütze die Bemühungen der OPEC zur Stabilisierung der Preise durch Verhandlungen mit den nicht der Organisation angehörenden Erdölstaaten.

Die Volksrepublik führt rund 20% der Rohölproduktion des Landes aus. Der größte Teil geht nach Japan und ermöglicht so, das starke Ungleichgewicht im Handel mit Japan zu verringern. Die chinesischen Erdölexporte erreichen wertmäßig rund 20% der Gesamtausfuhren, die 1985 nach offiziellen Statistiken 25,8 Mrd. US\$ betragen. (Xinhua, 5.2.86)

Die freiwillige Exportbeschränkung für Erdöl wird sich auf die Spot-Mengen beziehen. Es liegt im chinesischen Interesse, das kostbare Erdöl, das zu vergleichsweise hohen Kosten gefördert werden muß, nicht zu den niedrigen Preisen, die das Resultat des Machtkampfes der wichtigsten erdölproduzierenden Länder sind, abzugeben. -lou-

*(24)

Gu Mu wirbt für den Fortschritt in den Sonderwirtschaftszonen

Auf einer Arbeitssitzung, die Anfang des Jahres 1986 stattfand, sagte Staatskommissar Gu Mu, daß die vier Sonderwirtschaftszonen der Volksrepublik das Stadium erreicht hätten, in dem eine exportorientierte Wirtschaft aufgebaut würde, nachdem in sechs Jahren harter Arbeit der Aufbau der Infrastruktur betrieben worden sei.

Die Sonderwirtschaftszone Shenzhen in der Provinz Guangdong erzielte 1985 einen industriellen Bruttoproduktionswert von 2,579 Mrd. Yuan oder 53,5% mehr als 1984. In dieser Zone gibt es nun mehr 750 Industrieunternehmen, die sich mit Elektronik, Textil- und